

16. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen

Schluss mit den geheimen Verkaufsverhandlungen – Offenlegung aller Verkaufsangebote und Absprachen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das Ergebnis des Volksentscheides „Unser Wasser“ zu respektieren, den Rückkauf von Anteilen an den BWB nicht hinter dem Rücken von Bevölkerung und Parlament zu verhandeln und die bisher eingeleiteten Verkaufsverhandlungen, sowie die Verkaufsangebote zu den RWE-Anteilen und alle weiteren Schritte von Rekommunalisierungsverhandlungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Dem Abgeordnetenhaus ist hierzu bis zum 4. April 2011 zu berichten.

Begründung

Die Berlinerinnen und Berliner wollen keine teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe. Sie wollen auch keine geheimen Verträge in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deswegen muss – nach dem überwältigenden Erfolg des Volksentscheides des Berliner Wassertisches – jede Geheimhaltung, was die BWB angeht, vorbei sein. Dies betrifft den aktuell einsetzenden Verkaufsprozess der knapp 25%-Anteile von RWE, sowie ggf. im weiteren die Anteile von Veolia an den BWB. Geheime Rückkaufverhandlungen, sowie Verträge und Nebenabsprachen können zukünftig nicht mehr akzeptiert werden.

Auch ist streng darauf zu achten, dass die Berlinerinnen und Berliner ihre Wasserbetriebe nicht ein drittes Mal bezahlen müssen: Erst kaufen und bauen sie ihre Wasserbetriebe mit ihren Steuern und Wasserentgelten; dann werden diese teilprivatisiert und über die erhöhten Wassertarife werden alle Berlinerinnen und Berliner ein zweites Mal zur Kasse gebeten. Müssten sie zukünftig wegen überhöhter Rückkaufsummen weiterhin hohe oder sogar noch höhere Wassertarife bezahlen müssen, dann hätten sie ihre Wasserbetriebe mindestens dreimal bezahlt.

Bündnis90/Die Grünen erwarten eine Rekommunalisierung der BWB, die es ermöglichen, dass Investitionen möglich werden und die Wasserpreise sinken.

Berlin, den 15. Februar 2011

Pop Ratzmann Kosche
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen